

Sächsisch-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

Einzelpreis 20 Mark

Nr. 565 Jahrg. 215

Bezugspreis: monatlich 217. 000.— mit Zustellgebühr, Belegungen nehmen sämtlich Postanhalt, Belegungen mit unter Anhalt einbringen.
Abdrucksstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801.
Abends von 7 Uhr an Redaktion 5400 und 5410. — Colloredo-Post: Leipzig 20 512.

Halle-Saale

Sonnabend, 2. Dezember 1922

Anzeigenpreis: Die Spalte, 10 mm breit mit 100-zeiliger Zeile, 10 mm hoch mit 100-zeiliger Zeile, 10 mm hoch mit 100-zeiliger Zeile, 10 mm hoch mit 100-zeiliger Zeile.
Abdrucksstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf am Markthaus 2507.
Eigene Berlin-Schreibstube: Bernburger Str. 30. Druck von Otto Kretzschmar.

Ein kurzes Moratorium?

London, 1. Dezember.
Der Londoner Berichterstatter des „Reit Barren“ schreibt über die bevorstehende Londoner Konferenz zur Vorbereitung der Regelung der Reparationsfrage, dass ein Moratorium ein unerschöpflicher Vorrat improvisierter Lösungen. Es würde deshalb nicht überflüssig sein, wenn ein Moratorium von kurzer Dauer vorschläge, damit die alliierten Gouvernements zu einem neuen Studium der Reparationsfrage freier und ihrer Regierungen die Grundzüge einer soliden Förderung liefern könnten, bevor die endgültige Entscheidung getroffen werden. Angenehm hätte das britische Kabinett schon ein Moratorium von zwei Monaten gewünscht.
Auf eine Anfrage im Unterhaus, welcher Zeit der seit dem Waffenstillstand 54 Millionen Pfund Sterling betragenden Reparationsleistungen ein Moratorium von Seiten der deutschen Regierung entgegen werden sei, erwiderte der Schatzminister, dass ein solches Moratorium von zwei Monaten ein solches Moratorium von zwei Monaten gewesen.

S-O-S

Seit Dienstag Vormittag sind in Deutschland die Pläne von Herrn Reichsminister für den Verkehr zu sehen und weitere, verwandte Betriebe des Reiches zu besetzen. Seit Dienstag Vormittag beschäftigen sich alle Betrieben Deutschlands mit diesen unerwünschten Forderungen Frankreichs. Seit Dienstag Vormittag hält ein Scheitern der Entwürfe durch die deutschen Räte. Seit Dienstag Vormittag hören wir mit Freude und zugleich bitterem Schmerz die Kreuzgespräche aus den besetzten Gebieten.

Seit Dienstag Vormittag hören wir nichts von der Regierung. Ist sie laudal auf diesem Schreit gegenüber? Sind das die Zeichen, die wir in diesem Programm entdecken? Wie sie in diesem, wenn keine Sprechern? Hat sie kein Wort der Erinnerung für die neuen Rheinländer? Warum schweigt die Regierung?

Der Herr Reichsminister ist ein Mann, der aus der deutschen Schifffahrt kommt. Wenn auf hoher See ein Dampfer den britischen Dampfer S-O-S aufhört, so ist es eine monatliche Fahrt zu betonen. Der Kapitän, der das bedrückende Schiff die See zu betonen. Der Kapitän, der das bedrückende Schiff die See zu betonen. Der Kapitän, der das bedrückende Schiff die See zu betonen.

Jetzt erklingt aus dem Westen Deutschlands wieder jener Ruf: „Gott erhalte uns!“ Und eine neue tiefere Bedeutung hat heute dieser Ruf: „Gott erhalte uns!“ Und eine neue tiefere Bedeutung hat heute dieser Ruf: „Gott erhalte uns!“ Und eine neue tiefere Bedeutung hat heute dieser Ruf: „Gott erhalte uns!“

Und wir anderen, die wir gleichfalls auf demselben Staatsboden — oder besser Wände — sitzen, haben ebenfalls ein Recht, zu wissen, was die Regierung getan hat und tun wird, um die Rheinländer deutsch zu erhalten. Es sind Landleute von uns, Männer, mit denen wir 4 Jahre lang Schulter an Schulter kämpften. Frauen, für die wir in den Kampf zogen. Kinder, von Deutschen erzeugt und deutsch erzogen, die jetzt in höchster Gefahr stehen. Ihre Schicksal ist uns nicht gleichgültig und wir fordern, daß alle Maßnahmen und Maßnahmen angewendet werden, die zu ihrer Rettung dienen können.

Und wenn eigenes Interesse keine und nicht gleichgültig kein gegenüber dem Rheinlande. Was dort heute geschieht, kann werden oder nicht auf uns selbst drohen.

Deshalb fragen wir die Reichsregierung:
Warum ist seitens der Reichsregierung in den Tagen seit Dienstag noch kein einziges Wort der Erinnerung und des Trostes öffentlich an die Rheinländer gerichtet worden?

Was hat die Reichsregierung auf diplomatischem Wege für Schritte gegen die anmaßenden Forderungen Frankreichs unternommen?

Die Forderungen des Rheinlandes

Aus dem Rheinlande wird der „D. Z.“ geschrieben:
Das Beginn der Franzosen, durch Einwirkung französischer Beamter im deutschen Rheinland, das das Rheinland vollständig von Deutschen frei zu trennen und der französischen Landesverwaltung zu unterstellen, ist ein Versuch des Versailler Vertrages, ebenso der weitere Versuch, französische Truppen in die auf Grund des Versailler Vertrages entmilitarisierte Saar-Rhinmetzzone. Damit beginnt Frankreich den Krieg wieder.
Wir fordern von der deutschen Regierung, daß sie die Forderungen der ganzen Welt durch Einsprüche und Zeitungen und sämtlichen Regierungen, welche den Versailler Vertrag mit unterschrieben haben, mittel und Einpruch dagegen erhebt, daß sie ferner alle Regierungen, welche zusammen mit den Franzosen als unsere Gegenpartei den Versailler Vertrag unterschrieben haben, für alle Folgen des von den Franzosen wieder begonnenen Krieges mitverantwortlich macht.

Für eilige Leser

Der Effektenmarkt an der gestrigen Berliner Börse war überwiegend fest. Devisen waren durchweg schwach. Der Wechselverkehr war matt.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, entsetzt die Nachricht von einer bevorstehenden Reise des Reichsfinanzministers Dr. Gumbel nach Paris jeder Begründung.

Die öffentliche Gruppe im Reichstag hat eine Anfrage über das Verbot des Verbandes nationaler deutscher Arbeiterpartei eingereicht.

Im preussischen Landtage fanden die Schlußverhandlungen über die von den Deutschnationalen und kommunistischen Seite gestellten zwei Anfragen statt.

Der Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Max Marzbaner, gegen den wegen angeblicher Aufstachelung zu Gewalttaten gegen Juden Anklage erhoben war, ist von der Anklage freigesprochen worden.

Der schlesische Landtag hielt gestern seine erste Sitzung nach der Neuwahl ab. Der Ministerpräsident der neuen Regierung wird am Dienstag nächster Woche gewählt werden.

Dem „Reit Barren“ wird aus Rom gemeldet: Mussolini werde sich am Sonntagabend aus Rom nach London begeben.

Der englische Postkoffer in Berlin, Lord d'Urban, ist am 14. Tage nach London gereist.

Es verläutet, daß Herr von Lohse auf der Londoner Konferenz ein kurzfristiges Moratorium für Deutschland vorschlagen wird.

Die Herren halten ihre Lage in Lausanne für wenig erfolgversprechend. England habe durch Zugeständnisse in der Rheinlande Frankreich wieder an sich gezogen.

Die Herren beschließen, sich von ihrer Forderung nach Volksabstimmung in Westfalen abzugeben.

Benjamins läßt erklären, daß er nicht daran denke, die Führung der griechischen Delegation in Lausanne niederzuliegen.

König Georg von Griechenland hat seinen Rücktritt angeboten, da Prinz Andreas für ein Kriegsgericht gestellt werden soll. Der Rücktritt ist verworfen worden.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Wien wird die Kriegserklärung von Österreich gegen den Prinzen Andreas am Montag beginnen.

Die französische Bekleidungsbehörde hat den ausländischen Bekleidern des Glanzstoffes in Baden-Baden, die trotz der für lebenswichtige Betriebe erklärten Streikverbot in den Streik getreten waren, gegenstand den Requisitionsbefehl ausgeben lassen. Infolgedessen ist es nicht zum Generalstreik gekommen.

Dollar amtlich 7630,87 G.

Weiter hat die Regierung zu erklären, daß sie, nachdem Deutschland öffentlich zur Fortsetzung des Friedens in Europa nötig erachtet worden ist, nicht imstande ist, das deutsche Volk irgendwie gegen die Einwirkungen des von den Franzosen herbeigeführten neuen Krieges zu schützen.
Bleiben folgt daraus, daß die Reichsregierung auch nicht in der Lage ist, sich für die Fortsetzung des Krieges zu verantworten. Die Verantwortung liegt bei den Franzosen mitverantwortlichen Staaten gegen irgendwelche Folgen dieses von den Franzosen herbeigeführten Krieges zu schützen. Es wäre ferner, wenn die Regierung des deutschen Volkes gegen weiches im Weltkrieg nicht nur die in den besetzten und unangenehmere zugehörigen Kriegsteilnehmer angewandt worden sind, sondern die früher als völkerverleumdung geltende Methode zur Ausübung des ganzen Krieges, zur Lösung von Streitigkeiten, Fragen und Hindernissen nach dem Friedensschluß die Methode, welche 30 Millionen Deutschen durch Hunger und Kälte umbringen sollen, — wenn also die Regierung dieses deutschen Volkes besondere Vorkehrungen treffen sollte, um die Angehörigen der an jenen Vorgehaltungen mitschuldigenden Staaten gegen die Empörung des von neuem mit Krieg überzogenen deutschen Volkes zu schützen.

Mögen die Entente-Mächte Frankreich rechtzeitig in den Akt fallen oder nicht, wie sie sonst ihre Angehörigen vor den Kriegssorgen in Sicherheit bringen! Es gibt heute mehr Entente-Angehörige in Deutschland als Deutsche im Ausland. Für das Verhalten der von neuem mit Krieg überzogenen deutschen Bevölkerung hat der Grundhaft zu gelten, daß jeder sich der schwersten Verantwortung als Landesverteidiger aussetzt, der dem Feinde oder den Angehörigen feindlicher Staaten irgendwie hilfreich und nützlich ist. Selbstverständlich ist, daß die Verantwortlichen der Völkerverleumdung und Verleumdung und Verleumdung feindlicher Mächte und der sich in ihnen befindenden diplomatischen Vertreter auch weiter gemacht wird. Das ist aber auch die einzige Schutzmaßregel, welche die deutsche Regierung den Angehörigen feindlicher Staaten gegenüber treffen kann.

Alles was darüber hinaus geht, heißt dem Feinde nur: Ermächtigung, Unterbrechung, Verweigerung feindlicher Leistungen, Verweigerung irgendwelcher Nachrichtenverkehrs von ihnen, an sie, oder für sie, Einlegen der Polizei, um zu ihren Gunsten Reichswehr und Sicherheit zu erhalten, Wiederherstellung eines ausgesetzten Reiches, oder Völkerverleumdung, unterbrochener Wasserleitungen, Zeitungen- oder Telephonlinien u. a. m.

Demgemäß hat die deutsche Regierung ungeachtet aller deutschen Reichsangehörigen aus den Diensten feindlicher Staaten und feindlicher Staatsangehöriger abzurufen und in die Falle der Reichsfolgung mit Weglassung wegen Landesverrats zu bedrohen.
Mit einem Worte: Kriegsmäßigkeiten der besetzten Mächte sind den Deutschen so gut wie unmöglich, aber jeder Deutsche hat die Möglichkeit, die Möglichkeit, alle Angehörigen der Entente-Mächten als Luft, als Nahrung zu werden, an sich zu behandeln und so in ihnen das Gefühl zu wecken, als wären sie im letzten Stadium.

Ein Hauch viel schwächerer Kraft als die Deutschen, das sind die Mächte, die mit einem solchen allgemeinen Ausmaß große Erfolge gegenüber den Europäern erzielt, wie viel mehr wird die wir aus den Erfahrungen der letzten acht Jahre wissen, daß wir unarmherzigen Feinden gegenüber stehen, denen jedes Mittel gegen uns recht ist, und gegen die uns alle Mächte, die ein entmenschliches Maß noch hat, recht sein müssen. Es ist schließlich: Gaffe, Rägel und Säbne sind uns gegeben.

Wir haben diese Feinde gern: veröffentlicht, da sie durchaus dem Standpunkt entsprechen, den auch wir einnehmen; allerdings bleibt uns zu beachten: Alles das kann erst dann getan werden, wenn die Franzosen ihre Forderungen wahr machen, d. h. wenn sie in die Tat umsetzen, was im Kabinettrat in Paris beraten worden ist.

Am 1. Dezember.
Die „Östliche Zeitung“ veröffentlicht eine Ausgabe der Berliner Zeitung aller Akademiker, in der erklärt wird, daß sie sich in der schärfsten Zurückhaltung aller gegen die Freiheit des Rheinlandes und auf ihre Befreiung von deutschen Reiches gerichteten fremdländischen Bestrebungen einsetzt. Die Zeitung gelobt mit allen akademischen des Rheinlandes in dieser Stunde tiefsten Not von neuem heilige Kreue.

Die Schlussverhandlungen in den völkischen Tagen

(Eigener Drahtbericht)

v. Berlin, 1. Dezember, 12 Uhr mittags.
Nachdem zunächst eine Resolution aller Parteien über den sofortigen Ausbruch des Ober-Preussens beabsichtigt angenommen war, wurde die Aussprache über das Verbot des Jungdeutschen Ordens und des Deutschen Reiches in der Reichshauptstadt Berlin (S. O.) heute, gestützt auf die Anfragen verschiedener thüringischer Mitglieder des Jungdeutschen Ordens, nachgewiesen, daß es sich bei dieser Organisation um eine militärische Organisation befand. Die Organisation wurde als militärische Organisation bezeichnet. Die Organisation wurde als militärische Organisation bezeichnet. Die Organisation wurde als militärische Organisation bezeichnet.

Hg. Schmeiser (Henzl.) teilte mit, daß gestern Abend eine Abordnung des Jungdeutschen Ordens, die heute auf der Jungdeutschen Weibung sei, in das Präsidium des Reichstages eingedrungen sei und verhaftet habe, den gestrigen Abend Dr. Gumbert wegen seiner Reden vor dem Reichstag zu schützen. Die

